



14. Konferenz Zivilgesellschaft

im Rahmen des Konferenzprogramms der Österreichischen Freiwilligenmesse
"Freiwilligenarbeit im Fokus"

Im Wiener Rathaus, 1.-2. Oktober 2016, WEB: <http://www.initiative-zivilgesellschaft.at>

ERGEBNISSE UND WEITERENTWICKLUNG

EINLEITUNG – AUSGANGSBASIS

Als vor rd. 10 Jahren die Initiative Zivilgesellschaft mit mehr als 40 NGOs und Initiativen antrat, in einem Verein ihre Kräfte zu bündeln, um zukunftsfähige Lösungen für unser Wirtschaften und Zusammenleben in der Welt zusammenzuführen, weiterzuentwickeln und den Menschen näher zu bringen, ahnte noch kaum wer, dass deren Dringlichkeit wenige Jahre später tatsächlich so brisant anwächst (z.B. die Finanzkrise ab 2008).

Begonnen mit einer umfassenden Diagnose unseres, aus nachhaltiger Perspektive fehlgeleiteten Wirtschafts- und Finanzsystems, der sich verführerisch betätigenden Massenmedien und der aus der Balance geratenen ökologischen Tragfähigkeit der Erde (deutlicher 'Overshoot' bei Einrechnung unserer fossilen Energienutzung), werden Visionen der Lebensfreundlichkeit, der Sicherheit und Bewusstseinsbildung deklariert und schließlich Maßnahmen dazu klar fokussiert (Ergebnis der 1. Konferenz Zivilgesellschaft, Mai 2006).

Über 10 Jahre hinweg wurden, speziell in den Einzelbereichen Demokratie, soziale Sicherheit und Umwelt, bemerkenswerte Lösungsmethoden erarbeitet und verfeinert, sowie Initiativen, Projektarbeiten und Projektangebote verfasst. Was jedoch immer noch fehlt(e), ist eine kräftebündelnde Öffentlichkeitsarbeit. Sie muss nun Vorrang erhalten. Denn mehr noch als Umweltgefahren, stehen, vielfach ungeahnt – allen geschichtlichen Erkenntnissen und technologischen Entwicklungen zum Trotz – erneut Freiheit und Frieden auf dem Spiel. Der globale Ausbeutungsmarkt einer, technologisch oft wenig entwickelten Gesellschaft, kommt, dem Zauberlehrling Goethes gleich, als Migrationskrise in die Zentren der industriellen Wohlstandsgesellschaft zurück.

Politisches Kleindenken einer – wohl demokratisch gewählten aber auch repräsentativ selbstetablierten Minderheit, bereit zum Mauerbau (Festung Europa) und zum Griff zur Waffe (neuerliche militärische Aufrüstung) – wird scheinbar zum Ausdruck eines Lösungsangebots. Persönliche Befindlichkeit verschlechtert sich infolge eines Meinungsklimas, in dem Rassismus und Vorverurteilung zur 'medialen Regel' generieren und in dem der 'Globalverstand' vernebelt wird. Das souveräne Agieren mündiger citizens in Form zivilgesellschaftlicher Aktivität ist daher von zentraler Bedeutung. Neben ökologischer Nachhaltigkeit sind vor allem die Grundwerte Freiheit, Frieden und Solidarität erneut wichtiges Anliegen (Eingangsposition zur 14. Konferenz Zivilgesellschaft 'Umwelt und Klimaschutz').

NEUE STRUKTUREN UND ENTWICKLUNGEN

Wir wissen, dass Positionsdeklarationen allein zu wenig sind. Es braucht neue Strukturen und eine Wandelinitiative, die die Menschen aktiviert. Das erste Positionspaket 'Geld–Freiheit& soziale Sicherheit–Umwelt-&Klimaschutz' gibt als gedanklicher Strukturvorschlag einen Rahmen vor, der unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zum einen sozial 'ent-stresst' und zum anderen ökologisch tragfähig gestaltet. Das zweite Positionspaket steht für das qualitative Füllen dieses Rahmens. Die Gestaltung von 'Bildung', 'Medien' und 'Demokratie' sind dabei zentrale Elemente, um Obrigkeitsdenken in eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu verwandeln. Eine solche Darstellung des strukturellen Zusammenwirkens ist eine der möglichen Perspektiven. Weitere, hervorgehend aus der Position 'Demokratie', die ähnliche Teileffekte erklären und in der IZ schon seit ihrer Gründung diskutiert werden (der 'Dritte Weg' und die daraus entwickelte aktuell propagierte 'Europäische Kreditinitiative'), könnten Teil der nächsten Zusammenführungsebene sein.

Nachbereitungen der vorliegenden Konferenz nehmen die Gelegenheit wahr, sich nun mit parallel entstehenden, zivilgesellschaftlichen Initiativen zu einer Gesamtinitiative 'Zivilgesellschaft 2.0' zu vereinen – oder zumindest sich intensiv zu vernetzen.

EINZELNE THEMENBEREICHE

FREIHEIT UND SICHERHEIT

(zusammengefasst: Klaus Sambor)

POSITIONEN

Wir fordern...

- dass ein emanzipatorisches Bedingungsloses Grundeinkommen mit seinen 4 Kriterien (allgemein, bedingungslos, personenbezogen und existenz- und teilhabesichernd) nicht nur in Österreich, sondern auch in Europa und grundsätzlich weltweit eingeführt wird.
- dass Infrastrukturaufgaben und Daseinsvorsorge weiterhin wichtige Staatsaufgaben bleiben.
- als Sofortmaßnahme den Abbau repressiver Elemente (existenzgefährdende Sanktionen, bürokratische Zugangshürden und Bezugsbedingungen udgl.) im Sozialsystem.

IN DISKUSSION

Der Begriff „bedingungslos“ wurde als Schwierigkeit bezüglich Akzeptanz bei der Diskussion mit an sich noch nicht viel damit Befassten in der Bevölkerung angesehen. BGE-BefürworterInnen sehen aber dieses Kriterium als essentiell für Mitspracherecht und Wahlmöglichkeit an. Versuche, bei denen die Bedingungslosigkeit nicht gefordert wurde, zeigten gravierende Nachteile bezüglich gesellschaftlichen Zusammenhalts, sozialer Sicherheit und Freiheit. Als Kompromiss wurde angeboten: bei eventueller schrittweiser Einführung des BGE müsste zumindest immer dazugesagt werden, dass das Ziel ein tatsächlich emanzipatorisches BGE sei. Am besten sollten die Vorteile, wie völlige Abschaffung von Einkommensarmut, Verbesserung der Qualität von Arbeitsbedingungen usw. gleichzeitig dargestellt werden.

Anmerkungen zu den Positionen

Eine Aufweichung der 4 Kriterien für ein BGE, welche sich in einem jahrelangen internationalen Diskussionsprozess herauskristallisiert haben, würde die Idee des emanzipatorischen (= von Bevormundung befreienden) BGE verwässern. Die erforderlichen Kriterien wurden aus den gewünschten Zielen entwickelt.

Deshalb dürfen wir diese Ziele nicht aus dem Auge verlieren, die wir mit einer Einführung des emanzipatorischen BGE verfolgen: Es soll nicht nur Massenarmut verhindern (mit oder ohne Erwerbsarbeit), sondern auch das Auseinanderdriften der Gesellschaft, finanziell, aber auch in Bezug auf Verhandlungsmacht und gelebte Demokratie. Es soll uns ermöglichen, an der Gesellschaft teilzuhaben und in ihr mitzuwirken und eine Vielfalt an Lebensentwürfen zulassen. Es kann durch Entkopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen den Beginn zur Entwicklung einer neuen Gesellschaft führen, in der Menschlichkeit und Solidarität zu den wichtigsten Werten gehören.

Ein BGE in Österreich ist prinzipiell finanzierbar. Was noch fehlt, ist der politische Wille – zusammen mit der Entwicklung realistischer Szenarien, um die Auswirkungen auf Arbeitswelt, Wirtschaft und andere Gesellschaftsbereiche entsprechend einschätzen und testen zu können. Das Durchspielen solcher Szenarien innerhalb von Pilotprojekten ist ein hervorragendes Mittel, um einen breiten Diskussionsprozess in die Wege zu leiten.

Das BGE soll verbunden mit anderen Maßnahmen wirksame Impulse setzen, um den dringend erforderlichen Systemwandel in die Wege zu leiten.

Weiterführende Links zu „Freiheit und Sicherheit“

www.pro-grundeinkommen.at

<http://community.attac.at/grundeinkommen.html>

<http://www.grundeinkommen.at>

<http://www.basicincome-europe.org>

GELD

(zusammengefasst: Alfred Strigl)

POSITIONEN

Wir fordern...

- die Einführung von Vollgeld in Österreich und Europa, das heißt von Geld, das zu 100 % durch Nationalbanken herausgegeben wird.
- die Gründung einer Akademie für Geldfragen.
- eine Förderung der Währungsvielfalt in den Regionen.

IN DISKUSSION

Die nachfolgende Textpassage wurde von der Organisation dieser Zusammenführung aus Zeitmangelgründen der Verantwortlichen mit Vorbehalt arrangiert. Sie wird von den zuständigen PositionsträgerInnen demnächst nachgetragen.

Seit Entstehung der Bewegung zur Initiative Zivilgesellschaft standen das Thema Geld und das Finanzsystem im Gesamtzusammenhang mit unserem Gesellschafts- und Wirtschaftsleben maßgeblich im Fokus von kritischen Betrachtungen. In den letzten Jahren hat dieser sensible Bereich durch die ‚Initiative neue Geldordnung‘ neuen Schwung erhalten.

Anmerkungen zu den Positionen

Die Ausgangspositionen zur Konferenz zum Themenbereich ‚Geld‘ sind auf der Homepage der IZ (<http://www.konferenz-zivilgesellschaft.at/geld.html>) ausführlich dargestellt. Als Ergänzung kam nun noch die Position zur ‚Förderung der Währungsvielfalt in den Regionen‘ hinzu.

Aktuelle Diskurse, die im Zuge der Konferenz und auch in der Vorbereitungsphase in den Arbeitsgruppen abliefen, werden hier demnächst noch nachgetragen.

Weiterführende Links zu „Geld“

<http://initiative-zivilgesellschaft.at/initiative-neue-geldordnung-papers/>

UMWELT UND KLIMASCHUTZ

(zusammengefasst: Harald J. Orthaber)

POSITIONEN

Angesichts der stetig wachsenden Herausforderungen seit Rio+20, die SDGs und zuletzt die Agenda 2030, infolge des Klimavertrages von Paris (COP21) sind im Laufe der kommenden Jahre folgende operativ instrumentelle Maßnahmen von den Regierenden in die Wege zu leiten, Aktivitäten dazu zu fördern und zu unterstützen:

Wir fordern daher ...

- als Sofortmaßnahme anhand eines mehrjährigen Stufenplans eine Ressourcenbesteuerung an Stelle einer Arbeitsbesteuerung.
- die Datenerhebung des Verbrauchs von begrenzten Naturressourcen auf lokaler bis globaler Ebene und deren Veröffentlichung.
- den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen für alle Menschen durch ein geeignetes ressourcenwirtschaftliches Instrumentarium.

IN DISKUSSION

Anmerkungen: In der Ressourcenbesteuerung soll auch eine Kapitalbesteuerung inkludiert sein. Es wäre zu diskutieren, ob der Begriff ‚Ökosteuern‘ hineingenommen werden soll.

Das ressourcenwirtschaftliche Instrument sollte klar definiert sein, um keine falschen, in Richtung Ökodiktatur gehende, Mutmaßungen entstehen zu lassen (dies wird im Konnex zu den Forderungen des Themenbereichs ‚Demokratie‘ jedoch ohnehin ausgeschlossen).

Anmerkungen zu den Positionen

Ressourcenbesteuerung: Der allgemeine Begriff ‚Ressourcen‘ steht zunächst auch für monetäres Kapital – demnach auch für Kapitalbesteuerung. Im Zusammenhang mit einer Geld- und Arbeitsreform und einem Grundeinkommen wäre dies aber wiederum zu überdenken.

Naturressourcen betreffen die Landnutzungsfläche, Energie und Rohstoffe bzw. Gewicht der Handelsgüter. Schonender Umgang mit Naturressourcen und ein Grundeinkommen soll zu einer völligen steuerlichen Entlastung von Arbeitseinkommen unterhalb einer bestimmten Einkommenshöhe führen. Im nächsten ressourcenwirtschaftlichen Umsetzungsschritt werden sodann Arbeits- und Naturressourcen steuerlich, vonseiten der Abgaben jedoch getrennt, behandelt. Sie stehen über ein Bonus-Malus-System miteinander in Verbindung.

Ressourcenwirtschaftliches Instrument. Anhand dieses weiterführenden Konzepts wird jene Seite der Medaille ‚Gutes Leben für Alle‘, die sich auf Naturressourcen bezieht, in den Grundfesten neu geregelt. Die Umsetzung kann sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene anhand der Kombination unterschiedlicher Geldformen erfolgen. Das Ergebnis wird ein, dem monetären Grundeinkommen analoges Grundrecht auf Konsumption einer gleichberechtigten Menge an Biomasseeinheiten (entsprechend einem Rationierungsprinzip mittels sogenannter ‚ERDpapiere‘, erfasst nach Prinzipien des ökologischen Fußabdrucks) sein sowie ein monetärer Transfer zwischen Über- und Unterkonsumierenden (Bonus-Malus-System). Der monetäre Transfer schafft für Menschen von schwacher Finanzkraft Kaufkraft für eine Gütergrundversorgung, finanziert von Menschen von starker Finanzkraft über ihren Mehrkonsum. Dies wirkt wie ein Grundeinkommen und ergänzt wunderbar die Forderung nach einem BGE im Themenbereich ‚Freiheit & Sicherheit‘. Eine je nach Situation des Konsums eines Landes zugleich schrittweise einzuleitende Reduktion oder Erhöhung der Zuteilungsmengen (entsprechend einem Konvergenzprinzip) unterstützt dann ganz wesentlich das Erreichen der global und einzelstaatlich angestrebten, nachhaltigkeitsorientierten Ziele, entsprechend dem internationalen Abkommen der UN-Klimakonferenz (COP21).

Weiterführende Links zu „Umwelt und Klimaschutz“

Weiterentwicklungen in verschiedenen Teilbereichen dieser Positionen der bei der IZ engagierten Initiativen finden sich insbesondere auf den Web-Seiten der ‚Plattform Footprint‘ (<http://www.footprint.at>), des ‚Zukunftsforum: Systemwandel‘ (s. Unterseite von <http://www.fli.at>) und der Initiative ‚ERDpapiere‘ (<http://www.erdpapiere.org>), die sich insbesondere mit der Umsetzung der von Prof. H.P. Aubauer in ihren Grundzügen entwickelten Ressourcenwirtschaft befasst, ..

In den vergangenen 10 Jahren seit der 1. Konferenz der IZ ist vor allem an den konzeptionellen Grundlagen dieses Instruments und an der Bewusstseinsbildung im Bereich des ökologischen Fußabdrucks gearbeitet worden. In den letzten zwei Jahren wird an eine regionale Umsetzung herangegangen (<http://www.fairnawi.org>).

BILDUNG

(zusammengefasst: Doro Erharter)

POSITIONEN

Wir fordern ...

- die Radikale Reduktion der Schulbürokratie zugunsten von Vertrauen und Eigenverantwortung. (Wobei Bürokratie nicht immer schlecht ist, z.B. wenn sich SchülerInnen beschweren.)
- ein Schulsystem, das die Entfaltung der Potenziale aller SchülerInnen und aller Beteiligten im Bildungsprozess fördert.
- eine stark Schulpraxis- und pädagogikorientierte PädagogInnenausbildung.

IN DISKUSSION

Wir fordern ...

- die Schaffung einer Kultur der Achtsamkeit (auf sich selber, auf Beziehungen und auf Umwelt) in Beachtung der Global Goals.
- die Einführung von horizontalen und vertikalen Feedbackebenen in Schulen.
- Lernfortschrittsdokumentation statt Noten.
- eine Organisationskultur, die sich an der effizienten Erreichung der Bildungsziele orientiert. Zum Beispiel zur Förderung.
- das Hinterfragen der Bildungsinhalte bzw. Bildungsziele.
- das Ermöglichen individueller Lernwege und freie Entscheidung über Lernorte. (Auch nicht-schulische Lernwege, Bildungsfreiheit statt Unterrichtspflicht.)
- Modifizierung: Junge Menschen in Ihrer Entwicklung so zu unterstützen, dass sie sich entfalten können und für die Gesellschaft etwas beitragen.
- Als Grundprinzipien für Schule:
 - Exemplarisches, individuelles Lernen
 - Beziehungen lernen

Anmerkungen zu den Positionen

Anmerkung: Bürokratie ist nicht immer schlecht – z.B. SchülerInnen, die sich beschweren wollen.

Vorschlag: In den Forderungen Vertrauen zw. Schüler und Lehrer und zw. Lehrer und Ministerien trennen.

Anmerkung: Wichtig ist die gleichmäßige Bewertung, zum Beispiel von Berufen.

Anmerkung: Basis soll Vertrauen in die Menschen sein, dass jeder das Beste will.

Schriftlicher Nachtrag zum Thema „Wissen und Hierarchien“ von Franz Nahrada

Der übliche Gesellschaftliche Umgang mit Wissen ist geprägt von Hierarchie und Konkurrenz. Wissen ist in diesem Sinn tatsächlich Macht, aber nicht als Wissen per se, sondern als Wissen als Distinktionskriterium. Wissen ist in der Schule Selektionsmittel, zielt auf eine Hierarchie der Berufe ab. Wissen teilt man nicht. Die Unwissenheit der anderen ist meine Stärke. Ausdruck

dieses perversen Umgangs mit Wissen ist auch die Spezialisierung: Immer mehr über immer weniger wissen. Von der Abhängigkeit und Unwissenheit der anderen profitieren.
Die Forderungen eines Gegenmodells wären:

- Freies Wissen, Wissen als Gemeingut, als partizipative Ressource
- Jeder Mensch hat das Recht eines unbeschränkten Wissenszugangs -> Bedingung von Autonomie, Schnittstelle zur Ethik
- Wissen sollte dafür auch möglichst effizient organisiert werden, abrufbereit, systematisch.
- Verbindung des Theoretischen und Praktischen: Gegenstand des Wissens sind Muster der Lebendigkeit
- Aktive Kompetenz wird heute gefördert, wir brauchen aber auch und vermehrt passive Kompetenz -ich muss das Tun eines anderen verstehen, um mit ihm/ihr bestmöglich kooperieren zu können.

Weiterführende Links zu „Bildung“

Vortragssausschnitt von Freerk Huisken „Was passiert mit guten Lehrern?“
<https://www.youtube.com/watch?v=AZK07T37P90>

MEDIEN

(zusammengefasst: Hans Högl)

POSITIONEN

Wir fordern ...

- eine viel breitere und adäquatere öffentliche Medienförderung, vor allem auch für Alternativmedien, für die journalistische Weiterbildung und für Medienpädagogik.
- eine Novellierung des Rundfunkgesetzes zugunsten einer breiteren Berichterstattung über den 3. Sektor (Zivilgesellschaft), insbesondere über kleinere alternative NGOs.
- die Reform des ORF Publikumsrats mit einem transparenten Beschwerdesystem nach Schweizer Muster.

IN DISKUSSION, VERFEINERUNG DER POSITIONEN

Allgemeins: Wir sind Medien! „Massenmedien enthüllen nicht die Realität, sie maskieren sie. Sie tragen nicht zum Wandel bei, sie verhindern ihn. Sie verstärken Passivität und ermutigen nicht zu demokratischer Partizipation, sie führen zu Resignation und Selbstbezogenheit. Sie schaffen nicht Kreativität; sie machen Konsumenten“ (Eduardo Galeano).

Diese Sätze zeichnen sehr pointiert die Ist-Situation der in den USA privat dominierten TV-Medien. Aber auch europäische Massenmedien laufen Gefahr der Über-Kommerzialisierung. Aufgabe von NGOs ist es, den medialen Hauptstrom realistisch zu sehen, zu beurteilen und Handlungsoptionen zu erkunden. Trotz Negativ-Punzierung der Massenmedien bleibt in der EU meist ein gewisser Raum für Partizipation und für alternative Medien.

Anmerkungen zu den Positionen

Zur breiteren Medienförderung: Medien-Konzentration und einseitige Besitzverhältnisse in Printmedien verhindern Medien-Vielfalt¹. Durch Medienförderung (auch für journalistische Weiterbildung und für Medienpädagogik) kann und soll Medienvielfalt erhalten bleiben. Ein unabhängiger Weisenrat mit Auslands-Expert_innen sollte über die Verteilung der Medienförderung – auch für alternative Medien und Blogs entscheiden. Kriterien dafür sind objektive Berichterstattung, konstruktiver² und investigativer Journalismus.

Zur Novellierung des Rundfunkgesetzes: ORF, ZDF, ARD und SRF sind zu verpflichten, breiter über den dritten Sektor, die Zivilgesellschaft mit den NGOs, zu berichten. Aber öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat in Deutschland, Österreich und der Schweiz eine breite Akzeptanz und sollte öffentlich-rechtlich bleiben. Bedenklich ist, dass der Bildungsauftrag im TV-Kanal ORF 1 kaum erfüllt wird, und ORF 1 sich fast nicht von Privat-TV-Sendern unterscheidet.

Zur Reform des ORF- Publikumsrats: Den ORF-Publikumsrat und die deutschen Rundfunkräten gilt es nach Schweizer Muster zu transformieren – mit einem transparenten Beschwerdesystem.³ Im Publikumsrat bzw. in Rundfunkräten sollen nicht nur (quasi) staatliche Organe, sondern auch NGOs und medienaffine Leute mitwirken.

Weitere Forderung:

- Chancen der Popularbeschwerde versus ORF und Privat-Programmen müssten wiederholt ergriffen werden. Dafür sind innerhalb von sechs Wochen 120 Unterschriften bei Programmen des ORF, und 100 bei privaten Programmen zu erbringen. Die Hürde ist in Österreich hoch, schreibt der Medienexperte Roger Blum⁴. In der Schweiz sind im gleichen Fall innerhalb von vier Wochen 20 Unterschriften zu sammeln.
- Die Kompetenz des „Presserates“ gilt es auf alle Medien zu erweitern, also auch auf TV-Sender!
- Wir alle sind Medien und sollten unsere Chancen nützen: Im Alltagsgespräch, in Foren, Postings, Diskussionsbeiträgen, Leserbriefen. Als Medien-Konsument sind wir Mit-Entscheider über die Auflage von Medien-Produkten.

Weiterführende Links und Bücher zu „Medien“ und Fußnoten

Der Blog der "Vereinigung für Medienkultur" www.medienkultur.at wird gestaltet von:

Udo Bachmair (früher ORF-Moderator), Frau Mag. Hermine Schreiberhuber (Österr. Presseagentur – Außenpolitik) und Hans Högl (Prof. Dr. -Medien-Soziologe) und Gästen.

Und wir laden ein, Beiträge zu verfassen oder solche auf der Webseite zu kommentieren.

¹ Das EU-Schuman-Institut in Florenz finanziert Forschungen, um die Medien-Vielfalt in der EU zu wahren.

² Vgl. Högl zum Konstruktiven Journalismus und zum ORF-Publikumsrat in www.n21.press

³ Roger Blum: Unseriöser Journalismus? Beschwerden gegen Radio und Fernsehen in der Schweiz, Konstanz-München 2016 (UVK). ⁴ Ebenda S. 23.

DEMOKRATIE

(zusammengefasst: Tassilo Seidl-Zellbrugg)

POSITIONEN

Wir fordern...

- die Ergänzung der bestehenden repräsentativen Demokratie durch Instrumente der direkten Demokratie in Form einer 3-stufigen Volksgesetzgebung.

IN DISKUSSION

Die nachfolgende Textpassage wurde von der Organisation dieser Zusammenführung aus Zeitmangelgründen der Verantwortlichen mit Vorbehalt arrangiert. Gegebenenfalls wird sie von den zuständigen PositionsträgerInnen noch modifiziert oder erneuert.

Die seit der Gründung der Initiative Zivilgesellschaft bestehende Bewegung der ‚3-stufigen Volksgesetzgebung‘ wird bei dieser Konferenz nochmals bekräftigt.

Anmerkungen zu den Positionen

Als knappe Reflexion des Anliegens sei hier die Zusammenfassung aus dem Dokument ‚Stellungnahme Demokratiepaket‘ wiedergegeben:

1. Die demokratische Legitimation auf dem Feld der Gesetzgebung bedarf des komplementären Zusammenwirkens von repräsentativer und direkter Demokratie.
2. Der dreistufige plebiszitäre Prozess – als der wesensgemäßen Ausgestaltung der direkt-demokratischen Saule – ist in keiner Phase auf Akklamation, sondern immer auf individuelle Beiträge abgestellt.
3. Dieser Prozess appelliert in keiner Phase an bloße Emotionen, sondern stellt die politische Entscheidung auf das überschaubare Feld einer rationalen Einzelentscheidung.
4. Der dreistufige plebiszitäre Prozess ist nicht ein Abruf unreflektierter Meinungen oder Launen (wie bei der Demoskopie), sondern fordert zu einem sozialen Gestaltungsprozess heraus, der seinem Wesen nach und gerade dank der großen Zahl der Menschen und deren Anonymität sich inhaltlich nur auf die gesellschaftliche Vernunft erstrecken kann.
5. Das dreistufige Verfahren durchmisst den anthropologischen Dreischritt von Denken, Fühlen und Wollen und vermittelt diese Strukturierung an die Gesellschaft. Es verleiht somit dem sozialen Ganzen erst das Menschenbild der Vollbürgerschaft.

Weiterführende Links zu „Demokratie“

<http://www.volksgesetzgebung-jetzt.at/>

Link zur ‚Komplementären Demokratie‘:

<http://www.konferenz-zivilgesellschaft.at/bilder/2013-06-komplementaere-demokratie.pdf>

Link zur ‚Stellungnahme Demokratiepaket‘:

<http://www.konferenz-zivilgesellschaft.at/bilder/Stellungnahme-Demokratiepaket-2013.pdf>

ZUSAMMENFÜHRUNGEN/VERLINKUNGEN/VERSCHRÄNKUNGEN

Strukturelle Zusammenführung der Maßnahmen/Positionen aller Themenbereiche

(Vorschlag vom zfs)

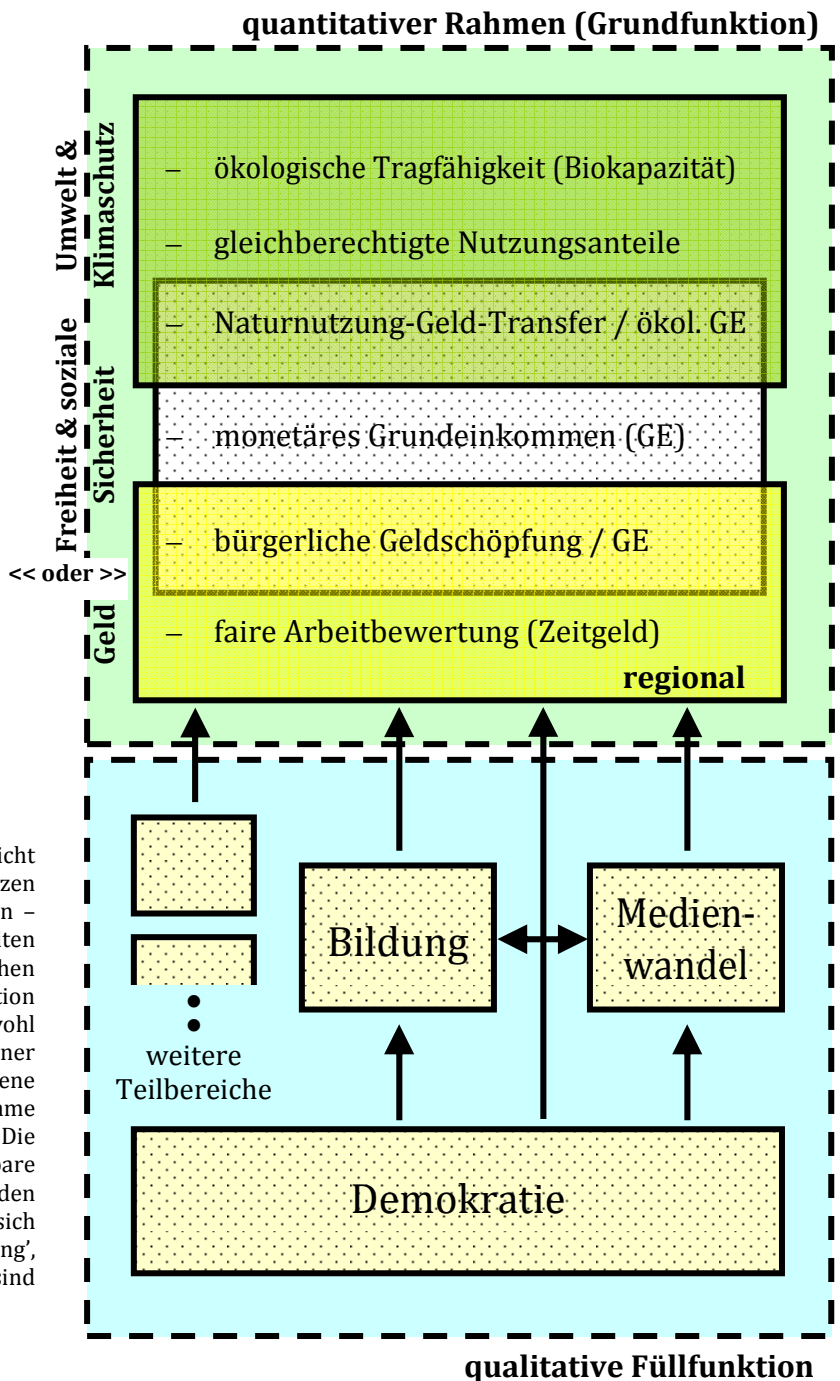
Um eine Bündelung der Kräfte in der IZ zu erreichen, wird vorgeschlagen, alle Positionen strukturell zusammenzuführen. Damit wird die Identität der IZ als Ganzes und der einzelnen Projekt-Mitglieder gestärkt und soll gemeinsam nach außen getragen werden.

Die zwei 3er-Gruppen der Themenbereiche 1. „Geld-Freiheit&sozialeSicherheit-Umwelt&Klimaschutz“ und 2. „Bildung-Medienwandel-Demokratie“ eignen sich dazu bereits bestens. Die 1. Gruppe steckt dabei als Grundfunktion den quantitativen Rahmen ab und die 2. Gruppe dient zum qualitativen Füllen dieses Rahmens als Füllfunktion.



- faire Besteuerung
 - staatliche Vollgeldschöpfung
 - Arbeitsbewertung mit Vollgeld
- staatlich**

Erläuterung: Grund- und Füllfunktion sind nicht hierarchisch zu verstehen, sondern sie ergänzen unabdingbar einander. Die Grundfunktion kann – als Metapher gedacht – als die zwei Seiten derselben Medaille "Gutes Leben für alle" gesehen werden. Praktisch umgesetzt, stellt diese Funktion eine Ressourcenbilanzierung dar. Sie kann sowohl auf regionaler Ebene (unter Einsatz einer Parallelwährung) als auch auf staatlicher Ebene (unter Einsatz von 'Vollgeld') als gemeinsame kombinierte Alternative angeboten werden. Die Füllfunktion bildet die umgesetzte, verhandelbare Lebensfülle in ihrer unendlichen Vielfalt. Bei den vorgebrachten Positionen handelt es sich gegenwärtig um die Themenbereiche 'Bildung', 'Demokratie' und 'Medien'. Zahlreiche weitere sind einbindbar.



Die inhaltlichen Vorschläge dieses Konzepts wären in den dafür eingerichteten Foren zu diskutieren, mit weiteren Konzepten zu verbinden und ein Konsent für eine praktische Umsetzung zur öffentlichen Verbreitung zu erzielen.